

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Amtsblatt für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 286

Montag den 9. Dezember 1918 abends

84. Jahrgang

Gemeinde Reichstädt.

Dienstag den 10. Dezember 1918 nachmittags von 1—5 Uhr Verkauf von Weißkraut, Möhren und gelben Kohlsträuben in Schusters Gasthof (Garberode).

Weitere amtliche Bekanntmachungen stehen in der Beilage.

Verlässiges und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Der hiesige Landwirtschaftliche Verein hielt am vergangenen Sonnabend für diesen Winter seine erste Versammlung ab, die gleichzeitig die erste im 76. Vereinsjahr war. Der Vorsitzende, Herr Det.-R. Welbe-Oberhäuslich eröffnete dieselbe mit herzlichster Begrüßung der sehr zahlreich Erschienenen, dabei der umwälzenden Ereignisse in der äußeren und inneren Lage Deutschlands gedenkend. Er erteilte sofort das Wort dem Vortragenden, dem Direktor der hiesigen neuen landwirtschaftlichen Schule, Herrn Grahl, zu dem Vortrage „Volkswirtschaftliche und wirtschaftliche Aufgaben des Staates“. In reichlich 1 1/2 stündiger Rede bewältigte der Herr Vortragende das so umfangreiche Thema in allgemein verständlicher, ansprechender Weise, dabei die verschiedenen Fragen und die nach und nach entwickelnden wirtschaftlichen Systeme auf das eingehendste behandelnd. Näher auf die interessantesten Einzelheiten einzugehen, verbietet leider der Raum. Reicher Beifall lohnte Herrn Direktor Grahl. — Nach Vorlage der verschiedenen Eingänge, unter denen das Flugblatt des Landeskulturrats, den Schleichhandel betr., besonders Erwähnung fand, schritt man zur Vorstandswahl, die während des Krieges nie stattgefunden hatte. Im Namen aller bisherigen Vorstandsmitglieder stellte der Vorsitzende sämtliche Wemter der Versammlung zur Verfügung, um eine freie unparteiische Wahl ermöglichst zu können. Trotzdem gingen die bisherigen Mitglieder mit großer Mehrheit aus der Wahl hervor, nur wurde an Stelle des Herrn Erbgerichtsbesizers Behmann—Reinholdshain, der eine Annahme aus das bestimmteste ablehnte, Herr Gutbesitzer Rade—Maller als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Mit den besten Wünschen für Vaterland und Verein ward die Versammlung geschlossen.

— Eine große Zahl von Männern und Frauen war der Einladung zur Volksversammlung am Sonnabend abend gefolgt und füllte den Reichskronensaal bis zum letzten Platz. Als Herr Halm nach 9 Uhr die Versammlung eröffnete, mußte er bekannt geben, daß der Redner, Herr Rahmann nicht erschienen sei, was einem Herrn Bach Gelegenheit war, sich sofort zum Wort zu melden. Doch wer geglaubt hatte, er werde für den Abwesenden in die Bresche springen, der hatte sich sehr getrrt. Herr Bach sprach in ziemlich unfertiger Weise ganz im Sinne der unabhängigen Sozialdemokraten, erzählte von den Ursachen der Revolution, griff die gemäßigten sozialdemokratischen Partei und ihren Führer Scheidemann an, wurde aber merklich ruhiger als Herr Rahmann im Saale erschien und trat dann bald ab. Herr Rahmann beleuchtete im Anfang seiner Rede die Kriegsausgaben und wie sich aus ihnen heraus und aus den Vorgängen während der Kriegszeit die Revolution entwickelt habe, wie sie nicht das Gebilde einer Nacht sondern gediehen sei auf einem von den Parteien und Klassen teils bewußt, teils unbewußt vorgearbeiteten Boden. Das Deutsche Reich, in einen Trümmerhaufen verwandelt, müsse wieder aufgebaut werden unter Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung. Und darum, und nicht minder um im Innern zu geordneten Zuständen und vor allem um zu einer gesicherten Lebensmittelversorgung zu kommen, müßten wir eine baldigst einzuberufende Nationalversammlung haben, da ohne diese nicht an Frieden, ohne Frieden nicht an eine Lebensmittelfuhr zu denken sei. Herr Rahmann wandte sich auch gegen die Sozialisierung der Großbetriebe vor der Nationalversammlung, weil eine solche ohne Ordnung des Wirtschaftslebens überhaupt nicht und auch nur in längerer Zeit möglich sei, dann aber das Volk ohne Frieden bleibe und verhungern müsse, auch Arbeitslosigkeit würde die Folge sein. Der Redner war der festen Überzeugung, daß das deutsche Volk, zur Wahl gerufen, in seiner großen Mehrheit auf Seiten der sozialdemokratischen Partei stehen werde, die eine baldige Einberufung der Nationalversammlung nicht zu fürchten brauche. Herr Rahmann schloß seine außerordentlich sachlichen und klaren Ausführungen mit den Worten: Des Volkes Wohl sei in Deutschland oberstes Gesetz. In der Debatte meldeten sich Herr Ruffant und Herr Bach zum Wort. Beide, ersterer

nur mit einigen Sätzen, letzterer mit längerer aber recht unfertiger Rede, versuchten Herrn Rahmann gegenüberzutreten und für die unabhängige sozialdemokratische Partei Stimmung zu machen. Es gelang ihnen aber nicht recht und Herr Rahmann hatte es leicht, diese beiden, durch Zahlen und gedruckte Worte ihrer Parteigenossen belegt, abzuführen. Jedoch ging das nicht ganz ohne „Persönliches“ ab.

— Ein eigner Anstern waltet über unsern Volksversammlungen. Mühte doch auch gestern nachmittags der Einberufer die Mitteilung machen, daß der Referent, Herr Fleißner, infolge eines Eisenbahnunfalles bei Spechtitz erst mit großer Verspätung erscheinen könne (Fl. ist dann bis zum Schluß der Versammlung nicht eingetroffen), doch werde Herr Bach (vielen Versammlungsbesuchern vom Abend vorher bekannt) einstweilen die Einleitung zum eigentlichen Referat übernehmen. Letzterer beleuchtete zunächst die Frage der Schuld am Kriege, schilderte den ganzen Verlauf desselben, bis die Mittelmächte zusammenbrachen. Weiter führte er aus, daß heute niemand in der Lage sei, auch nur einigermaßen sicher zu sagen, was die nächste Zukunft uns bringen werde; trotzdem aber machte er den Versuch, malte hierbei aber alles schwarz in schwarz, ohne daß der Zuhörer dahinterkommen konnte, was eigentlich mit diesen Ausführungen bewiesen werden sollte. Betreffs der Nationalversammlung, die der Hauptgrund der jetzigen Versammlungen ist, steht Redner auf dem Standpunkte, daß die Wahlen hierzu erst vorgenommen werden sollten, wenn die allgemeinen Verhältnisse festere Gestalt angenommen hätten. (Die Begründung hierfür zeichnete sich nicht gerade durch Klarheit aus.) Auch könne niemand gut dafür sein, daß Amerika uns dann auch wirklich Nahrungsmittel liefere.

— In der Debatte gab Herr Seidmacher (Mitglied des Ernährungsausschusses) über die von der Stadtverwaltung in diesem Ressort getroffene Vorsorge. Hiernach reichen unsre Kartoffeln noch bis in den Februar, aber auch nur bei sparsamster Bewirtschaftung. Außerdem sind Krant, Rüben usw. da. Die Kohlenreserve beträgt 700 Zentner. Aus ihr können nur solche Haushaltungen bedacht werden, die Heizmaterial überhaupt nicht besitzen. Vom Staatsforst wurden außerdem 80 Raummeter Brennholz erlangt. Das Petroleum ist ganz knapp. Zum Schluß forderte Herr S. auf, nicht bei jeder Gelegenheit der Unzufriedenheit durch Schimpfen ins Blaue hinein Luft zu machen, sondern sich überall über die Ursachen des Unangenehmen zu unterrichten und selbst Hand mit anzulegen zur Besserung, wo das möglich ist. — Herr Lehner Gast richtete an den Referenten die Frage, wie er sich ab März (unsre gesamten Lebensmittel sind bis dahin restlos aufgebraucht) die Ernährung des deutschen Volkes denke, da wir nur von Amerika Lebensmittel erhalten können, dieses aber bekanntlich nur liefern wolle, wenn eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Regierung die Garantie für die Bezahlung übernehme. Hierauf erwiderte Herr Bach in längeren Ausführungen, ohne aber eine direkte Antwort zu geben. Auf seine Frage, ob die Antwort genügend sei, erschollen ihm denn auch zahlreiche „Rein!“ entgegen. Nun, dann müsse er noch ein paar Sätze hinzufügen, sagte der Referent, und führte aus, daß — ein Wahlkampf stets sachlich, nie persönlich geführt werden dürfe. So gern man letzteres unterschreibe, die gewünschte Beantwortung war das nicht. Damit fand die Versammlung, die auch eine Teller-Versammlung brachte, ihr Ende.

— Mit dem kommenden Jahre erfährt die Warenumschlagsteuer nicht nur an sich eine Erhöhung, sondern sie greift auch über auf bisher davon nicht betroffene Geschäftsbereiche und auf bisher davon befreite Berufsarten. Gut ist es immer, der Steuerzahler selbst kann beurteilen, was er zu zahlen hat. Nächsten Donnerstag bietet der Gewerbeverein seinen Mitgliedern Gelegenheit, sich hierüber zu orientieren durch einen Vortrag des Herrn Stadtkassierers Schubert.

— Tagesordnung zur 22. Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde

Donnerstag den 12. Dezember 1918 vorm. 11 Uhr im amtshauptmannschaftlichen Sitzungssaal. Öffentliche Sitzung: Wiederaufnahme der durch den Krieg unterbrochenen Bahnarbeiten an der Linie Hainsberg—Ripsdorf und Geising—Allenberg als Notstandsarbeiten; Kartoffelration, Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums (Landeskartoffelstelle) vom 26. 11. 1918; Milch- und Fettversorgung, Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums (Landeslebensmittelamt) vom 30. 11. 1918; Eingabe der Schulverwaltung der Höheren Lehrerschule Allenberg, betr. Verpflegung ihrer Zöglinge; Oberbehördliche Entscheidung in einer Reichskriegsunterstützungssache aus Schönfeld; desgl. aus Kreischa; Festsetzung des Mitgliedsbeitrags des Bezirksarbeitsnachweises Dippoldiswalde für den Landesverband der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise für Sachsen; Berufsmäßigkeit des neuen Gemeindevorstands zu Nassau. Nichtöffentliche Sitzung: Gesuche um Kriegsamilienunterstützung aus Allenberg, Lanenstein, Bärenklau, Fürstenwalde, Großdöla, Hennersbach, Johnsbach, Hödenorf, Kreischa, Schmiedeberg, Rehefeld, Reichstädt, Reinholdshain und Glasbütte; Reuefestsetzung des Gehaltes des Gemeindevorstandes zu Selersdorf; Wahl von Mitgliedern in die Einkommensteuer-Einschätzungsausschüsse auf die Jahre 1919 und 1920; Vorschlag eines Sachverständigen zur Schätzung von landwirtschaftlichen Grundstücken zum Zwecke mündelmäßiger Beilehung an Stelle des Gutsbesizers Rog-Johnsbach; Aufnahme von Darlehen für den Bezirk.

— In großen Schreck wurden gestern die Passagiere des Mittagszuges nach Hainsberg versetzt. Ein größeres Felsstück hatte sich in der Nähe der Spechtitzmühle durch Witterungseinflüsse gelodert, stürzte in dem Augenblicke herab, als der Zug verüberfuhr, durchschlug den ersten Personenwagen, das Bein eines Fahrgastes leicht streifend, und blieb als Hindernis auf dem Bahndörper liegen. Die folgenden Personenwagen stießen scharf aneinander, zwei derselben legten sich auf die Seite und lehnten sich an die Felswand an. Die Passagiere gerieten in die höchste Aufregung, kamen aber zum Glück alle mit dem Schreck davon. Viele derselben gingen zu Fuß nach Hainsberg weiter, andere nach Dippoldiswalde zu zurück. Noch am Abend war man damit beschäftigt, das Felsstück zu zerhacken, um das Hindernis beseitigen zu können. Der Abendszug von Hainsberg konnte nur bis Spechtitz fahren, während die Nachzüge wieder durchgehend verkehrten.

— Der Kreisrat Dresden hält am Freitag den 13. Dezember vormittags 11 Uhr eine öffentliche Sitzung ab.

— Tarifierhöhung an allen deutschen Bahnen. Ueber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Personentaxen auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen herrscht unter den Finanzministern der deutschen Bundesstaaten völlige Uebereinstimmung. Wie wir hören, dürfte der Zuschlag sich zwischen 50 und 60 Prozent der jetzigen Fahrpreise bewegen, während ursprünglich nur an eine Erhöhung um etwa 15 Prozent gedacht war.

Dresden. Die Stadtverordneten bewilligten 65 000 Mark zur Begründung von neuen Lehrstellen und weitere Aufwendungen für Schulzwecke.

Frankenberg. Als Notstandsarbeiten für die arbeitslos heimkehrenden Krieger sind hier u. a. Straßenbauten vorgelesen; so der Ausbau der Seminarstraße und der Ziegelstraße. Auch der Bau des Elektrizitätswerkes, der demnächst in Angriff genommen werden soll, wird Arbeitsgelegenheit schaffen.

Leipzig. Wie verlautet, hat der A. und S. Rat beschlossen, das königliche Palais in der Goethestraße als Lazarett einzurichten.

Schwarzenberg. Als Mitglied des Leipziger A. und S. Rates gab sich ein Soldat aus, der mit einer roten Armbinde sowie geladenem Gewehr versehen auf dem Gemeindeamt Langenberg erschien und eine tägliche Ration von 12 M. für 10 Tage einforderte. Er legte einen Ausweis vor. Daraufhin wurden dem Soldaten 70 M. ausbezahlt. Später stellte sich heraus, daß es sich um einen Schwindler handelte; er soll auch anderorts aufgetreten sein.

Inserate werden mit 20 Pf., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf. die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigespaltene Zeile 65 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingefandt, im reaktionellen Zeile, die Spaltenzeile 50 Pf.

Gutscheine zur Verbilligung der Milch

werden von Dienstag den 10. Dezember 1918 ab im Rathaus, Zimmer Nr. 8 an diejenigen Haushaltungen abgegeben, die bereits solche bei der letzten Ausgabe erhalten haben.

Stadtrat Dippoldswalde.

Döbeln. Am Totensonntag ist einer jungen Dame aus Oberganzschütz während sie zum Empfang des heiligen Abendmahls auf dem Altarplatz stand, der auf der Kirchenbank liegen gelassene Muff gestohlen worden. Also selbst auf die Gotteshäuser dehnt freches Diebesgefinde jetzt keine Tätigkeit aus.

Neustädtel. Die vom hiesigen A- und S-Rate angeordnete Ergänzung des Stadtverordnetenkollegiums über die ortsgerechte Zahl der Mitglieder hat nicht die Zustimmung der Kreishauptmannschaft Zwickau gefunden, woraufhin zwei neu ernannte Mitglieder freiwillig ausblieben. Auch wurden die ohne Einvernehmen mit dem Stadtrat ausgeführten Hausfassungen und Beschlagnahmen von Lebensmitteln beanstandet.

Baugen. Oberbürgermeister Niedner ist bei Kreishauptmannschaft und Ministerium dahin vorstellig geworden, daß die Gelder, welche die örtlichen A- und S-Räte von den Gemeinden für Aufwendungen fordern, aus Staatsmitteln zu geben sind. Der Baugener A- und S-Rat hat zunächst über 6000 M. liquidiert und kündigt an, daß künftig die wöchentlichen Aufwendungen etwa 800 M. betragen werden.

Neue Nachrichten

Deutschland erhält Heringe!

Die norwegische Presse stellt die Belieferung Deutschlands mit den der norwegischen Regierung gehörigen Heringsbeständen als unmittelbar bevorstehend hin. Die in Stavanger liegenden Borräte (50000 Fasz) seien in diesen Tagen schon von staatlichen Inspektoren besichtigt worden, die alle Vorbereitungen zur Verschiffung nach Deutschland getroffen hätten. Nehmen wir an, daß in jedem Fasz wirklich 600 Stück sind, so kommt auf jede Person in Deutschland tatsächlich noch nicht ganz ein halber Hering! Viel Geschrei und wenig Wolle.

Lepliz und Schönau von Tschechen besetzt.

Prag, 8. Dezember. Nach Blättermeldungen wurden Lepliz und Schönau nachmittags von tschecho-slowakischen Truppen besetzt. Die Vertreter von Stadt und Bezirk Lepliz legten namens der deutschen Bevölkerung Verwahrung ein gegen die Besetzung und erklärten, daß sie nur unter dem Druck der militärischen Gewalt sich den Maßnahmen der tschecho-slowakischen Truppen fügten. Die Besetzung vollzog sich in Ruhe und Ordnung. — Laut Narodni List wurde Hohenelbe abends von tschecho-slowakischen Truppen besetzt.

Die Entente

Schneidet die deutsche Regierung.

Wie das „B. Z.“ erfährt, haben die Regierungen der Entente seit vier Wochen, also seit Beginn der Revolution, jeden direkten Dipekschverkehr mit der Reichsregierung oder mit den einzelstaatlichen Regierungen Deutschlands vermieden. Auch eine Mitteilung darüber, daß die Entente die deutsche Schifffahrt in der Ostsee nicht mehr zulassen werde, ist in Berlin nicht eingegangen, wohl aber hat man die dänische Regierung davon amtlich benachrichtigt. Nach dieser Meldung läßt ermeßeln, wie sehr die Einberufung der Nationalversammlung das dringendste Gebot der Stunde ist.

Das Vorrücken der Tschechen.

Auch in Ropitz fanden heftige Kämpfe zwischen Deutschen und Tschechen statt. — Die Stadt Saaz ist von den Tschechen besetzt worden. Am 3. Dezember ist eine größere Abteilung tschechischer Truppen in Dux eingerückt. Zwischen dem Kommandanten der tschecho-slowakischen Truppen und der provisorischen Landesregierung von Oberditerreich ist ein Waffenstillstand abgeschlossen.

Befegung der erzgebirgischen Grenze.

Nach Meldungen aus Rastbach im Erzgebirge haben Soldaten des Chemnitz Soldatenregiments mit Rücksicht auf das Vordringen der tschechischen Truppen die Erzgebirgsgrenze besetzt.

Deutschland für den Kaiser verboten.

Zürich, 6. Dezember. Laut Swiss meideli „Daily Mail“ aus Amsterdam: Die deutsche Regierung hat beschlossen, dem früheren Kaiser und der Kaiserin, das Betreten deutschen Bodens zu verbieten.

England will 160 Milliarden fordern.

Amsterdam, 7. Dezember. Aus London wird gemeldet: Die „Daily Mail“ schreibt: Wie verlautet, wird Lloyd George heute mitteilen, daß die Geldentschädigung, die England und die Dominien von Deutschland fordern werden, 8 Milliarden Pfund betragen.

Wiederherstellung der Grenze von 1814.

Berlin. Der „Corriere della Sera“ erfährt der „Deutsch. Allg. Ztg.“ zufolge, daß Marshall Foch die Grenze von 1814 gegen Deutschland wieder herstellen lassen will, so daß die Bezirke von Saarbrücken wieder an Frankreich fallen. Die linksrheinischen Gebiete von Böhrlingen bis Koblenz sollen neutral werden.

Revolverattentat auf den Präsidenten von Portugal.

Lissabon, 7. Dezember. Savas meldet: Auf den Präsidenten der Republik Portugal wurde von einem Unbekannten ein Revolvererschuß abgefeuert. Der Präsident blieb unverletzt. Der Täter ist verhaftet.

Die Absperrung Deutschlands.

Berlin. England hat in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schifffahrt von der Entente in der Ostsee nicht mehr zugelassen wird. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher eine Verständigung über die einzunehmende Ladung erfolgt sein. Nur Rahl und Rohle, aber keine Halb- und Ganzfabrikate, dürfen noch aus Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel, die auf Grund des Wirtschaftsabkommens vereinbart sind, ausführen. Uebliche Nachrichten liegen aus Holland vor.

Spartakoffe Dippoldswalde.

Expeditions-Stunden: Sonntags: nur am letzten Sonntag des Monats von 1/2-1/4 Uhr, an allen Wochentagen von 1/9 bis 12 Uhr und 2 bis 4 Uhr, Sonntags abends ununterbrochen von 1/9 bis 2 Uhr.

Politische Rundschau.

Die Pflicht zur Steuerzahlung. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Schiffer, gibt amtlich bekannt:

Unter den Gewerbetreibenden scheint die sonderbare Auffassung verbreitet zu sein, als beeinflusse die politische Neugestaltung im Reich und in den Einzelstaaten die Pflicht zur Steuerentrichtung. Diese Auffassung ist selbstverständlich völlig ungerechtfertigt. Alle Steuern sind unverändert weiter zu zahlen. Die Steuerbehörden haben Anweisung erhalten, mit besonderem Nachdruck für pünktlichen Steuerertrag zu sorgen. Das gilt insbesondere auch für die am 1. August 1918 in Kraft getretene Umsatzsteuer und deren wichtigen Bestandteil, die Luxussteuer.

Verfassungsentwurf für die deutsche Republik. Der Staatssekretär des Innern, Prof. Dr. Hugo Preuß, hat nach dem Reichsamt des Innern eine Kommission hervorragender Kenner des Staatsrechts eingeladen, die über den der Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf einer Verfassung der Deutschen Republik beraten soll. Von der Reichsleitung werden die beiden Juristen Hugo Haase und Otto Landsberg an dieser Kommission teilnehmen.

Aufhebung der Nationalliberalen Partei. Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei ist auf Sonntag, den 15. Dezember, nach Berlin einberufen worden. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die Beschlussfassung über den Bestand der Nationalliberalen Partei.

Arbeitszwang statt Achtstundentag. Ein Teil der in Ludwigshafen eingetroffenen interalliierten Kommission hatte auch in Mannheim eine Besprechung mit Schiffahrtsinteressenten. Bei der Besprechung wurde von den Franzosen die sofortige Aufhebung der Arbeiter- und Soldatenräte, die Aufhebung des Achtstundentages, die Einführung des Arbeitszwanges und die Todesstrafe für schwere Zuwiderhandlungen verlangt. Ueber eine Sperrung der Rheinbrücke ist nichts Bestimmtes bekannt.

Die Entlassung der Krieger sollte im Interesse des Wirtschaftslebens, das heute jede Kraft braucht und trotz der Arbeitslosigkeit auf sehr, sehr viele besondere Kräfte wartet, so schnell wie nur möglich erfolgen. ... Sollte ... Geschicht aber nicht, denn die Leute, die sich eine Arbeitsstelle gesichert haben, müssen 3, 4, 5 Tage von Pontius zu Pilatus laufen, bis sie endlich alle die Alte hinter sich haben, die mit der Entlassung verbunden sind. — Man versteht das wirklich nicht, und kann nur hoffen, daß die neue Regierung in dieser Hinsicht gründlich durchgreift. Sie kann es unmöglich als ihre Aufgabe ansehen, den alten Bureaucratismus zu überleben.

Ein Plebiszit für die Regierung Ebert-Haase fordert der „Vorwärts“, um der Drohung der Entente, uns von der Friedenskonferenz auszuschließen, falls in Deutschland keine anerkannte Regierung bestehe. Es soll das zu einer allgemeinen Anerkennung der Ebert-Haase-Regierung führen. Die zu stellende Frage, über die mit Ja oder Nein abgestimmt werden müßte, solle aber lauten:

Ist das deutsche Volk damit einverstanden, daß die Regierung Ebert-Haase bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung die Geschäfte des Reiches leitet, insbesondere die Friedensverhandlungen mit unseren Gegnern führt.

An der Abstimmung sollen alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen teilnehmen. Sie soll ohne Aufstellung von Wahlkreisen nach einfachem Verfahren geschehen. Die Regierung soll einfach Stimmentel bruden lassen, auf denen einfach Ja oder Nein stehe.

Auf diese Weise würde die Regierung eine Plankommission für unbegrenzte Zeit erhalten. — Statt solche Ideen herauszutüfteln, sollte man mit allen Kräften an der Einberufung der Nationalversammlung arbeiten.

Neuregelung der Tarifverträge. Im Reichsarbeitsamt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge, das Einigungsverfahren über Arbeitsvertragsstellen, sowie die Bildung von Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben für das ganze Reich einheitlich regelt. Die Vorarbeiten für diese Verordnung sind nahezu abgeschlossen, so daß die Veröffentlichung in nächster Zeit zu erwarten steht. Es empfiehlt sich, bis dahin Umformungen und Neuwahlen von Arbeiter- und Soldatenräten, die nicht im Auftrag der Reichsregierung handeln, angeordnet werden.

Neue Straßenkämpfe in Berlin

Die Soldaten gegen „Spartakus“. Für Liebknecht-Spartakus schlägt die Entschuldigungsstunde. Die Heeresmassen, die da aus den Westen herandrücken, kommen jeden Augenblick nahe. Die „Welle“ hat die Weser erreicht und ist in 4 bis 5 Tagen in Berlin. Und da die von der Front keine Zweifel darüber gelassen haben, daß sie vom Bolschewismus nichts wissen wollen, müssen die um Liebknecht fest alles daransetzen, um noch schnell den allgemeinen Umsturz in Szene zu setzen. Liebknecht zahlte in den letzten Tagen an Soldaten, die sich bei ihm anwerben ließen, bereits 200 Mark Werbegeld-Handgeld.

Am Freitag nachmittag gab neue Schieberien. Die Frontsoldaten, Ueberläufer und Deserteure veranstalteten Versammlungen in den Germania-Sälen, Sophien-Sälen und Andreas-Sälen, die dagegen protestierten, daß man keine Vertreter von ihnen in den Soldatenrat aufzunehmen hatte. In den Versammlungen erschien ein Soldat und teilte von der Tribüne an mit, daß der

Vollzugsrat gegen 5 Uhr verhaftet worden sei. Der Vorsitzende in den Germania-Sälen stellte darauf den Antrag, die Versammlung zu schließen, um sich in einem Demonstrationzug zum Abgeordnetenhaus zu begeben. Dieser Antrag wurde angenommen. Unterdes erschien ein anderer Soldat und gab bekannt, daß man in der Gegend des Abgeordnetenhauses und des Reichstages bereits Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren gesehen hätte, die anscheinend im Dienste der Regierung ständen. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Auf, Kameraden, die Stunde ist gekommen!“ Darauf ließ sich die Versammlung auf, um sofort den Demonstrationzug zu veranstalten.

Kurz vor dem Oranienburger Tor wurde der Zug

Soldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren empfangen. Die Soldaten eröffneten Maschinengewehrfeuer, wahrscheinlich mit blinden Schüssen. Der Zug wurde auf diese Weise auseinandergetrieben.

In den ersten Abendstunden lief auf dem Polizeipräsidium beim Polizeipräsidenten Eichhorn die dringliche Nachricht ein, daß das Abgeordnetenhaus, das Sitz des Vollzugsrates, von Soldaten gestürmt worden sei. Darauf hat das Präsidium sofort eine große Truppenzahl nach dem Abgeordnetenhaus beordert. Das Haus war von Truppen völlig abgeschlossen, so daß eine Bestätigung der Nachricht über den Sturz des Rates zur Stunde nicht zu erhalten war.

Die Drohung mit der Verletzung Deutschlands.

Die Times schreibt: Der Ausbau der Bolschewik-Regierung regt die größte Beachtung der alliierten Kabinette, die in Deutschland keinesfalls den Herd bolschewistischer Unruhen bestehen lassen können. Der Nationalrat in Deutschland, sofort das Volk für seine gescheiterten Vertreter zu befragen, ist in Berlin bisher nicht ernst genug genommen worden. Wenn wir zur Befreiung Deutschlands schreiten müßten, werden wir Hamburg, die Italiener München, die Amerikaner Berlin und die Franzosen Dresden besetzen. Unsere erste Regierungshandlung wird die Einberufung eines deutschen Reichstages zur Vornahme von Friedensverhandlungen sein.

Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte.

In Berlin sind verlässliche Nachrichten darüber eingelaufen, daß die Entente die Absendung einer Note an die deutsche Regierung plant, in welcher die umgehende Auflösung aller in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte gefordert wird.

Die Forderung soll gestiftet sein, so daß also der Note der Charakter eines Ultimatum beizugeben wäre. Für den Fall, daß die Forderung der Entente nicht erfüllt würde, wird damit gedroht, daß Deutschland keine Lebensmittellieferungen erhalten werde, wie man sich auch ferner freie Hand über einen eventuellen Einmarsch vorbehalten wolle.

Beginn des Bürgerkrieges?

Soldaten gegen Spartakusleute.

Die Spannung, unter der die Reichshauptstadt seit der Drohung der Spartakusleute mit Gewalttaten stand, hat sich in Zusammenstößen entladen, die die tiefe Beunruhigung in der Bevölkerung noch verschärft haben. Die Ereignisse entwickelten sich in folgender Reihenfolge:

Zunächst fand vor dem Reichskanzlerpalast eine Kundgebung

von Matrosen und Soldaten statt. Ihr Sprecher verbot es sich, daß der Vollzugsrat mit unfähigen Händen in die Regierungsmaschine eingreife und rief kurzer Hand Ebert zum Präsidenten der deutschen Republik

aus. Auf die Frage, ob er diesem Rufe folgen wolle, erklärte Ebert, daß er sich vorher mit seinen Freunden in der Regierung besprechen müsse.

Zu gleicher Zeit erschien im Abgeordnetenhaus ein großer Trupp Soldaten mit Maschinengewehren und Flammwerfern, jeder Mann mit 50 scharfen Patronen ausgerüstet, besetzten angeblich im Auftrage der Regierung Ebert-Haase die Eingänge und bewehrten unter gleichzeitiger Vornahme einer Durchsuchung der Räume den Mitgliedern des Vollzugsrates das Verlassen des Gebäudes. Als sich später herausstellte, daß man die Namen Ebert-Haase mißbraucht hatte, zogen die Soldaten sofort wieder ab.

Ob es sich hier um einen mißverständlichen Befehl oder wirklich um einen Putsch gegen den Vollzugsrat gehandelt hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Führer der Verhaftungsabteilung, ein junger aufgereger Feldwebel machte ziemlich konfuse Angaben und befindet sich in Haft. Von verschiedenen Seiten wird das Unternehmen als Streich nach dem Muster des Hauptmanns von Koppenhagen angesehen.

Die Kunde von diesem Vorfall kam bald zur Kenntnis der Versammlungen der Spartakisten, Ueländer und Defektoren, die von den Spartakisten nach dem Norden Berlins eintreffen waren.

Der Versammlungsteilnehmer bemächtigte sich sofort eine ungeheure Erregung. In den Germaniafälen schwang sich einer der Anwesenden auf die Bühne und rief in den Rufen: „Kameraden, rächen wir den Volksgesundheitsrat. Laßt uns die Reichskanzlerbude stürmen und Ebert an die nächste Laterne hängen.“

„Folgt mir nach!“

Aus allen Versammlungsfälen formierten sich Jüge zum Marsch nach dem Abgeordnetenhaus. Der Zug aus den Sophienfälen mochte etwa 500-600 Mann stark sein, auch einige junge Mädchen waren dabei. Ihm wurden eine rote Fahne und mehrere Plakate vorangetragen, die die Aufschrift trugen: Wir fordern unser Recht! Nieder mit Hindenburg! Heraus mit den Offizieren aus den Soldatenfälen.

Kurz hinter dem Dranienburger Tor erhielt der Zug die Mitteilung, daß an der Ecke der Invalidenstrasse Soldaten mit Maschinengewehren sich ihm entgegenstellen werden. Trotzdem zog der Zug weiter, floste dann kurz vor der Invalidenstrasse angehts des Militärfordons abermals. Angesichts des offenbar ganz unerwarteten Grades der Situation hatte sich inzwischen wohl die Hälfte der Demonstranten entfernt. Der Rest setzte sich schließlich abermals in Bewegung. Da erdönte aus den Reihen der Soldaten der Ruf: „Halt, oder wir schießen!“

Auf diesen Ruf stürmten die beiden Häuser, der Zug aus den Sophienfälen und der aus den Germaniafälen, auf die Soldatenkette los. Ein kurzes Kommando: „Feuer“ und in der Chausseefraße fing das mit der Mündung nach dem Dranienburger Tor aufgestellte Maschinengewehr an zu laden. Auch die Soldaten gaben Schnellfeuer in beiden Richtungen ab. Unter furchtbaren Hilfeschreien und Schreien stob alles auseinander. Durch das die ganze Straße beherrschende Feuer verfuhte sich zu retten, was noch nicht am Boden lag. In wahrwärtiger Hast schob und drängte einer den anderen beiseite, der eine riß im Fallen den anderen zu Boden.

Als Sanitätsmannschaften und Ärzte die Straße betreten konnte, fanden sie zahlreiche Tote.

Man spricht von 28 Toten und 40 Verwundeten.

Der ganze Vorfall ist nach WTB auf einen Befehl des Generalkommandos der Gardetruppen zurückzuführen. Das Generalkommando hatte an die Fällterkaserne den Befehl gegeben: „Mannschaften alarmiert auf die Straße gehen und Demonstranten von Germania- und Sophienfälen zerstreuen!“

Liebnecht führt bewaffnete Demonstranten.

Gegen 3 Uhr nachmittags kam ein sehr großer Zug Demonstranten mit einem Auto mit Maschinengewehren und Liebnecht an der Spitze die Linden entlang. Vor jedem der öffentlichen Gebäude hielt der Zug, und Liebnecht hielt Reden gegen die Scheidemannier. Vor der Bibliothek sah es einen Augenblick aus, als wollte die Menge das Gebäude stürmen. Die Sicherheitswache machte darauf sofort ihre Maschinengewehre fertig.

Dies machte den Gehörten Eindruck und mit dem Rufe: „Nicht schießen!“ stob die Menge auseinander. Kurz darauf ordnete sich der Zug wieder und zog weiter. Nicht kritisch gestaltete sich die Lage vor der Kommandantur. Dort staute die nach Tausenden zählende Menge. Liebnecht brach in Verwünschungen gegen den Kommandanten Wels aus. Ein anderer Redner forderte die Menge auf, sich zu bewaffnen und Wels und die Scheidemannier zu verjagen. Das Auto der Demonstranten fuhr dann nach der Schloßbrücke und blieb dort mit den auf die Kommandantur gerichteten Maschinengewehren stehen. Zu einem Angriff kam es jedoch nicht. Zum Schutze der Kommandantur war außer Mannschaften der Sicherheitsgarde auch eine Abteilung Jäger aufgebildet, die auf jedes Kümmer der Kommandantur verteilt waren. An der Oberwallstraße neben dem Kronprinzenpalast waren für etwaige Fälle Panzerautos bereitgestellt.

In Reukölln ist es bisher noch ruhig geblieben, doch macht sich eine sehr starke Bewegung auf den Straßen bemerkbar. Die Kasernen haben eine stärkere Besatzung erhalten, dergleichen sind in den verschiedenen Stadtteilen fliegende Wachen untergebracht.

Vor neuen Unruhen.

Die traurigen Vorgänge erklären sich, wie der „Vorwärts“ zugibt, aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakisten und der ungeheuren Erbitterung von neun Beinhältern der Berliner Soldaten über dieses Treiben. Die Spartakisten sind die Schuldigen, aber sie haben die edle Dreistigkeit, sich als die Verfolgten anzustellen. In einem massenhaft verteilten Flugblatt greifen sie über die „Mörder“ her und fordern die Arbeiter zum

Massenstreik

„In Gewerkschaftskreisen ist man überzeugt, daß die Generalstreikparole keinen Erfolg haben wird.“

Arbeiterumzüge.

Mittags fand im Tiergarten eine nach Tausenden zählende Versammlung von Arbeitern aus den Munitionsfabriken statt, in der Liebnecht eine Ansprache hielt. Dann zogen die Massen geschlossen durch die Linden in das Innere der Stadt.

Auf der Kommandantur wurde mitgeteilt, daß

angesichts der Jähling der Lage mit weiteren Zusammenstößen gerechnet werden müsse. Der Volksgesundheitsrat hat daher angeordnet, daß die Truppen möglichst von der Straße ferngehalten werden sollen. Die republikanische Soldatenwehr von über 10 000 Mann steht geschlossen der Kommandantur zur Verfügung, um Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Berlin anrecht zu erhalten.

Zwischen Krieg und Frieden.

Der Waffenstillstand verlängert.

Das französische Oberkommando hat die deutsche Oberste Heeresleitung um Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes ersucht. Die Zusammenkunft könnte am 12. oder 13. Dezember vormittags in Trier stattfinden. Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission. Staatssekretär Erzberger.

Unsere Truppen am rechten Rheinufer.

Der Rhein ist jetzt überall überschritten. Die vorderste Linie der Heimat zu verläuft folgendermaßen: Ibbendüren - Langerich-Lippstadt - Salztotten - Brilon - Biedentopf - Warburg - Gießen - Schotten - Hauswurz - Selnhäusen - Epelbach - Alschaffenburg - Wertheim - Osterburken - Heilbronn - Calw - Tübingen - Pfullendorf - Bodensee (nördlich Konstanz).

Ludwigshafen wurde am 5. Dezember von Franzosen besetzt. Es gehört in den Bereich der 8. französischen Armee.

Öften: Die englische Flotte hat Libau, in nördlicher Richtung fahrend, verlassen.

Belgische Forderungen an Holland.

„Kring Van Maritime Inrichtingen“ in Brüssel hat eine Entschlieung angenommen, in der folgendes gefordert wird:

1. Der Vent oder Westerschelde genannte Scheldearm wird vollständig belgisches Gebiet.
 2. Das zwischen diesem Arm und Flandern gelegene Seeländisch-Flandern wird Belgien angegliedert.
 3. Das holländische Gebiet zwischen der Mündung der Maas und dem Gebiet von Maastricht wird belgisch.
 4. Als Gegenleistung wird gemäß der Entschlieung der amtlichen holländisch-belgischen Kommission im Interesse Hollands die Kanalisierung der Maas zwischen Bisse und Venle durchgeführt.
 5. Die zukünftige Grenzlinie wird durch die zukünftige Mündung des Maas-Kanals, wie er von der genannten Kommission geplant ist, gebildet.
- Es wurde beschlossen, diese Entschlieung dem Ministerium des Äußeren mit dem Ersuchen zur Kenntnis zu bringen, daß sie auf der Friedenskonferenz zur Sprache gebracht werden.

Keine Entscheidung der Kaiserfrage ohne Wilson.

Laut Meldungen des amerikanischen Auswärtigen Amtes werden sämtliche Schritte, die im Zusammenhang mit den Anträgen, den Kaiser auszuliefern, aufgehoben, bis Wilson in Europa angekommen sei. Vor seiner Abreise hat Wilson über diesbezügliche Pläne keinerlei Auskunft in seinen Regierungskreisen erteilt.

Der feierliche Grußbefehl - nach deutschem Muster.

Der Stellvertreter des Bayerischen Gesandten in Berlin teilt mit:

Im Interesse des geordneten Verlaufs der Revolution in allen Teilen Deutschlands liegt es, die vielen alarmierenden Nachrichten über das Verhalten der Besatzungen in der Bayerischen Rheinpfalz sowie im Rheinland, mit aller Reserve anzunehmen. Die Meldung aus der Pfalz über die Vergeßlichkeit einer Reihe von Mädchen mußte schon demertert werden. In Nachrichten aus dem Rheinland wird ein falscher Eindruck dadurch erweckt, daß die in Aachen, Jülich usw. ergangenen Erlasse als spontane Eingebungen des Kommandanten hingestellt wurden, während es sich doch leider nur um eine Wiederholung der Vorschriften handelt, die von der deutschen Regierung in Belgien, Frankreich, Polen usw. allgemein erlassen waren.

Der in M.-Glabach angehängene Befehl des belgischen Stadtkommandanten ist in einigen Punkten gegen die gleichen Erlasse in anderen Städten, die früher besetzt wurden, gemildert; so z. B. heißt es nicht, daß diejenigen, die Waffen betroffen werden, erschossen, sondern verhaftet werden. Ferner ist der Zwang, die Offiziere zu grüßen, fortgefallen.

Wen die Spartakisten besetzten.

Wie jetzt festgestellt ist, sind in der Nacht zum 21. November beim Sturm auf das Polizeipräsidium im ganzen 49 Personen von Spartakisten aus dem Polizeigewahrsam befreit worden. Darunter befanden sich 28 Diebe, Bländerer und Eindreher, 5 Espressoer, 6 weitere wegen verschiebener gemeiner Vergehen festgenommene, 3 Fahnenflüchtige, 1 wegen ungenügender Ausweisung festgenommener, 3 Mann von der Schloßwache, die auf Befehl des Matrosenrats verhaftet waren, insgesamt 45 Personen.

Zwangspensionierung der Beamten?

In Berliner Beamtenkreisen erzählt man sich, die jetzige Regierung habe vor, alle Beamten mit 58 Jahren zur Disposition zu stellen und mit 60 Jahren zu pensionieren.

Wir können uns nicht denken, daß eine solche Maßnahme, die in das wirtschaftliche Leben der durch den Krieg hart mitgenommenen Beamtenenschaft so tief eingreift, von der Regierung auch nur geplant ist.

Umgehende Aufklärung der Regierung täte hier not.

Vor Verkauf militärischen Eigentums wird gewarnt.

Um der unrechtmäßigen Veräußerung und Verschleppung von Kriegsmaterial entgegenzuwirken, hat der Arbeiter- und Soldatenrat in Magdeburg eine Wahnhoßüberwachung eingerichtet, die sich glänzend bewährt und aRnahme verdient. Ein einziger Vertreter der Wahnhoßwache hat bei der Wahnhoßkontrolle die Verschleppung von Kleidungsstücken, Stiefeln, Pferden usw. im Werte von mehreren hunderttausend Mark verhindert und dadurch die Allgemeinheit vor großem Schaden bewahrt. Vor Verkauf militärischen Eigentums wird neuerdings dringend gewarnt.

Luftverkehr ab Berlin.

Der Plan eines Luftverkehrs innerhalb Deutschlands dürfte schon in den nächsten Tagen, sichtiges Wetter vorausgesetzt, in Kraft treten. Die Firma Luftfahrzeug Schütte-Lanz, in Jeesen, die den Luftverkehr ins Leben gerufen hat, sind von der Betriebsverwaltung zehn Flugzeuge zur Verfügung gestellt worden. Die Flugzeuge können, außer dem Piloten, eine Person oder zwei aufnehmen und werden von Führern geleitet, deren Sicherheit im Frieden und im Kriege vielfach erprobt wurde. Gegen die Kälte werden die Fluggäste durch große Windschilder geschützt, die am Motor angebracht sind. Außerdem stehen warme Pelze, Pelzstiefel und Pelzkappen den Reisenden zur Verfügung.

Der Luftverkehr soll in der Hauptsache dem Personenverkehr dienen. Der Preis für die Personenbeförderung beträgt für den Eisenbahnkilometer 2,50 Mark. Die Flugzeuge fliegen je nach der Windstärke 120 bis 140 Kilometer in der Stunde. Bei unklarem schlechtem Wetter, dem dem das Flugzeug nur in 200 bis 300 Meter Höhe verkehren kann, gelten die Eisenbahnlinien als Wegweiser, während bei klarem Wetter die direkte Luftlinie eingeschlagen wird.

Die Flugdauer beträgt für eine Reise von Berlin nach Breslau etwa 2 Stunden 40 Minuten, nach München 4 1/2 Stunden, Köln 4 1/2 Stunden, Königsberg 4 1/2 Stunden und Weimel 5 1/2 Stunden, bedeutet demnach eine große Zeitersparnis gegenüber der heutigen Eisenbahnfahrt. Der Start erfolgt ab Flugplatz Königs-wusterhausen oder vom Tempelhofer Feld.

Die Firma ist übrigens dabei, Kleinflugzeuge, die 30 bis 40 Personen fassen, für den Luftverkehr einzurichten. Hierzu werden Kriegsflugzeuge verwendet, bei denen die Bombenabwurfvorrichtungen entfernt sind. An deren Stelle soll eine große Kabine eingebaut werden. Diese Flugzeuge sollen im Frühjahr eingestellt werden und den Personenverkehr in großem Umfang aufnehmen.

Wahrscheinliche Haltung der Amerikaner in Trier.

Wie ein soeben aus Trier zurückgekehrter Vertreter des Auswärtigen Amtes mitteilt, vollzieht sich der Einmarsch der amerikanischen Truppen ohne jede störende Begleitermeinung für die deutsche Bevölkerung. Das Urteil aller deutschen Kreise geht dahin, daß das Benehmen der Amerikaner tadellos ist. Alles geht seinen gewohnten Gang. Die amerikanischen Kolonnen nehmen die größte Rücksicht auf den zivilen Straßenverkehr. Ein hoher Offizier vom amerikanischen Hauptquartier veräußerte ausdrücklich, daß es der Wunsch der amerikanischen Führung sei, die Bevölkerung in keiner Weise zu stören.

Franzosenwillür in Straßburg.

Die aus Straßburg ausgewiesenen Deutschen legen Aberanklammend aus, daß sämtliches deutsches Geld bis zum 15. Dezember umgewechselt sein muß, wobei der Kurs der Mark für 100 Francs auf 1,25 Franken, dagegen für Deutsche nur auf 60 Centimes berechnet wird. Zeitungs-meldungen mit der Überschrift: „Ein französisches Milliardenangebot an Krieg-Vorräten“ bestätigen diesen Sachverhalt. Durch Plakate wird zur Veränderung deutscher Geschäfte aufgefordert, ohne daß die Franzosen irgendwelchen Schutz gewähren. Französische Offiziere äußerten, sämtliche Deutschen würden auf dringendes Verlangen der Offiziere baldigst ausgewiesen, die Männer im wehrpflichtigen Alter würden interniert und dann später zum Wiederaufbau Nordfrankreichs verwendet werden.

Vollstetigkeit in München.

In der Versammlung der Deutschen Volkspartei in München, in der unter anderen Professor Max Weber sprach, bekamen die Volkswirtschaftler die Oberhand. Sie sprachen die Versammlung und feierten den „Siege“ in Ansprachen. Die Versammlung endete in einem großen Wirrwarr. Ein Zug begab sich zum Löwenbräu, um die schwarz-weiß-roten Fahnen heranzuführen. Der Polizeipräsident, der geschickt in der Menge auftauchte, mußte versprechen, daß die schwarz-weiß-roten Fahnen am nächsten Tage in der ganzen Stadt verschwinden und daß die Zeitungen in einem anderen Sinne schreiben würden, um Gewaltmaßregeln gegen die Presse zu vermeiden.

Protest gegen die Tschecho-Slowaken.

Als Protest gegen die Gewalttätigkeiten der tschecho-slowakischen Truppen in Deutsch-Böhmen und gegen das Verlangen der Tschechen, daß sich die Eisenbahner Deutsch-Böhmens der tschechischen Regierung unterwerfen sollten, veranstalteten die Eisenbahner Deutsch-Böhmens Donnerstag einen Demonstrationstreik. Auf sämtlichen Linien der Eisenbahnen Deutsch-Böhmens ruhte von 12 Uhr mittags ab bis 6 Uhr abends der Verkehr. In Reichenberg fand eine von mehr als 3000 Eisenbahnern besuchte Versammlung statt, deren Teilnehmer zur Landesregierung zogen und dem Landeshaupmann-Stellvertreter Seliger eine Entschlieung überreichten, die in sämtlichen Eisenbahner-versammlungen Deutsch-Böhmens zur selben Stunde angenommen wurde.

Kleine Nachrichten.

Der von der luxemburgischen Regierung am 1. Dezember für die Beamten der Wilhelm-Luxemburg-Bahn eingeführte Achtstundentag ist auf Befehl der französischen Eisenbahnverwaltung abgelehnt und durch den Nechstundentag ersetzt worden.

„Times“ melden aus Peking, daß die chinesische Regierung, um einer Demonstration der Alliierten zuvorzukommen, in großem Umfang die Deutschen internierte. 20 große Tempel in der Nähe Pekings sind dafür vorbereitet.

Englische und französische Truppen haben ihren Einzug in Butarec gehalten. König Ferdinand ritt gemeinsam mit den Befehlshabern an der Spitze der Truppen.

Die montenegrinische Regierung demertert die aus Wien kommende Nachricht, die besagt, daß die Großsteuphina beschloßen hätte, Nikolaus abzusetzen und Montenegro mit Serbien zu vereinen.

Die Belgier fordern im besetzten Stadtteil Düsseldorf im Wege der Requisition Wäscheplakate sowie Futtermittel für die Pferde.

Der Truppendurchzug durch Mainz ist beendet. Reglicher Fahnensturm ist veräußert. Das Gouvernement Mainz wurde nach Bad Nauheim verlegt.

In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission wurde Uebereinstimmung dahin erzielt, daß demobilisierte Angehörige Oesterreich-Ungarns auf dem unternösterreichischen Gebiete verbleiben dürfen, falls sie vor Kriegsausbruch dort sesshaft waren.

Ueber Stadt und Kreis Hohensalza ist wegen Plünderungen von Geschäften der Belagerungszustand verhängt worden.

Clemenceau erklärte, daß die Vertreter von Frankreich, England und Italien auf der Londoner Konferenz übereingekommen seien, daß Wilhelm II. ausgeliefert und vor einen Gerichtshof gestellt werden müsse.

Wilson wünscht seine Ankunft in Frankreich am 24. Dezember aufzuschieben. Er wird am 13. Dezember in Vrest an Land gehen und in Paris am 14. Dezember eintreffen.

Feldmarschall Wadensen beabsichtigte, in Ragyvarad (Groß-Wardein) eine drahtlose Station zu errichten; es wurde ihm jedoch von der ungarischen Regierung untersagt.

Der Reichsminister für die Rheinprovinz. Die in letzten Wochen der Rheinprovinz einsetzende Bewegung für die Loslösung der Rheinlande von Preußen hat die Kölner Kundgebung mit Freuden begrüßt und folgendes Telegramm an Justizrat Trimborn in Köln geschickt:

Die Führer der Bewegung für einen freien Rheinland in rheinischen Landen begrüßen begeistert die Kölner Kundgebung. Sie werden wie seit Monaten an dem streben Ziele weiterarbeiten Hand in Hand mit Köln.

Verrat des Revolutionsplanes.

Auf der letzten Sitzung der Groß-Berliner Soldatenräte, auf der es übrigens, weil jeder seine Meinung für die beste hielt, nach der Aeußerung eines Teilnehmers zunging wie auf dem polnischen Reichstag, erregten das Hauptinteresse die Feststellungen über den Verrat des Revolutionsplans durch den Oberleutnant Walz.

Dieser ist bekanntlich längst aus dem Bolkzugsrat ausgestoßen worden. Der Ausschuss machte folgende Feststellungen:

Der Kompagnieführer Oberleutnant Walz bei einem Ersagbataillon der Pioniere meldete sich bei Ledebour zur Mitarbeit im Interesse der Unabhängigen und wurde angenommen und mit den anderen Führern bekannt gemacht. Man weihte ihn in die Pläne für den bewaffneten Aufstand ein und er nahm an dessen Vorbereitung tätigen Anteil. Am 8. November wurde er verhaftet wegen Aufwiegelung und Landesverrat. Vor dem Untersuchungsrichter bestritt er seine Schuld, behauptete vielmehr, sich mit den Führern bekannt gemacht zu haben, um sie auszuhorchen und ihre Pläne dann seinen Vorgesetzten zu verraten.

Dieser Rolle entsprechend, gab er dann die Pläne der Revolutionsführer preis. Dabei nannte er nicht nur sämtliche Namen, sondern schilderte auch eingehend die bei den Zusammenkünften zustande gekommenen Beschlüsse und fertigte einen Operationsplan, wie der drohende Erfolg der Revolution verhindert werden könne. Auch eine für den 8. November verabredete Zusammenkunft verriet Walz und brachte dadurch die Führer in die Gefahr der Verhaftung. Nur durch besondere Vorsichtsmaßnahmen und die Nichterhaltung der Verabredung entgingen die Führer der Verhaftung. Der Redakteur Däumling war der einzige, den man verhaften konnte.

Der 9. November brachte auch Walz die Befreiung. Wie es ihm dann gelang, trotz seines Verrats bei den Verratenen wieder angenommen zu werden, bis durch die Alten sein ganzes Auftreten offenkundig wurde, interessiert hier weniger.

Der Siebener-Ausschuss hat entschieden, daß Walz anfänglich wohl den Willen gehabt hat, der Revolution zu dienen, daß er dann aber bei dem Versuch, sich zu retten, durch die Preisgabe der Pläne und der Führer das Gelingen der Revolution in Berlin aufs äußerste in Frage gestellt und sich damit unwürdig gemacht habe, weiter an hervorragender Stelle zu stehen.

Die Versammlung ging hierauf über den Fall Walz zur Tagesordnung über.

Die Entente und unsere Regierung.

Die Entente will grundsätzlich mit Arbeiter- und Soldatenräten nichts zu tun haben. Für diesen Standpunkt liegen wieder mehrere durchschlagende Beweise vor.

So wird aus Wilhelmshaven berichtet, daß ein englischer Admiral, der dort eintraf, um die Abrüstung unserer Kriegsschiffe zu kontrollieren, zu allererst die Frage stellte, ob er an Bord der Kriegsschiffe Matrosenräte oder in der Kommission, mit der er zu verhandeln habe, Vertreter von A- und S-Räten antreffen würde. Dies konnte verneint werden. Der Engländer verweigerte darauf, er habe auch den strikten Befehl, überall da in Verhandlungen gar nicht erst einzutreten, wo dabei Arbeiter- und Soldatenräte in Frage kämen.

Heute ist die deutsche Revolution gerade vier Wochen alt. So lange haben wir die Regierung Ebert-Haase, und in diesen vier Wochen ist, wie wir hören, kein amtliches Schriftstück von der Entente an sie gelangt. Die Entente verhandelt mit niemandem, der nicht von der vorigen Regierung noch autorisiert erscheint, und lehnt unsere gegenwärtige Regierung ab, weil sie sie nicht auf den Mehrheitswillen des deutschen Volkes, sondern auf die Diktatur des Profektariats gegründet sieht, mit einem Wort, weil sie sie als bolschewistisch betrachtet.

Am 13. d. Mts. sollen in Trier Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen. In dieser Angelegenheit hat nun die Entente

unsere Regierung vollständig abergangen, ihr Oberkommando hat sich, ohne weiteres an das deutsche Oberkommando gewandt.

Welche Folgerung aus dieser Sachlage zu ziehen ist, braucht eigentlich gar nicht erneut festgestellt zu werden: ohne Nationalversammlung gibt es keinen Frieden, ja, nicht einmal einen Vorfrieden.

Am Sonntag wurde in der Reichstrone oder auf dem Wege nach dem Freiburger Platz ein Portemonnaie mit größerem Inhalt verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben im Konsum.

Einen kräftigen Knecht

Sucht für sofort oder 1./1. 19. Gemeindevorstand Ritz, Falkenhain b. Schmiedeberg. Rechnungen liefert E. Jedne

Möbliertes Zimmer sofort zu mieten gesucht. Off. mit Preis unter Z. 6 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Wohnung, möblierte Stube, Kammer, an Herrn sofort zu vermieten. Markt 49.

Suche bei hohem Lohn und sofortigem Antritt einen tüchtigen Großknecht. C. Grumbt, Reichstädt.

Berufsmäß. Grdarbeiter und Maurer

(Stundenlohn 1 M. 10 Pfg.) werden angenommen zu Uferbefestigungen der Rotten Weiskirch in Ripsdorf und für Bauarbeiten im Eisenwerk Schmiedeberg vorm. Gebr. Sed. Zu melden beim Ingenieur Schmidt od. Schachtmeister Lahl, Eisenwerk Schmiedeberg.

Berichtigung.

Die Beerdigung des Herrn Fr. August Bruno Göhler findet nicht, wie angezeigt, Dienstag nachm. 3 Uhr, sondern Mittwoch nachm. 1/24 Uhr von der Friedhofshalle aus statt. Dippoldiswalde, den 9./12. 18.

Ein zweiter langjähriger, treuer Mitarbeiter wurde uns in diesem Jahre entzogen. Am 6. Dezember entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben unser ehemaliger Werksführer

Herr Bruno Göhler.

Tief bedauern wir diesen erneuten Verlust. Nimmermehr, selbst bis in sein hohes Alter stets auf das Wohl der Firma bedacht, hat er dem Werk in seltener Liebe und Treue gedient. Sein lauterer Charakter sicherte ihm allzeit die Zuneigung und das Vertrauen ihrer Inhaber. Dankbar werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Inhaber der Firma G. F. Reichel. Arthur Reichel. Rudolf Reichel.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme durch Wort und Schrift, den reichen Blumenschmuck und das ehrenvolle Geleitz zur letzten Ruhestätte meiner viel zu früh dahingegangenen, innigstgeliebten Gattin, unsrer treusorgenden Mutter, lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Frieda Alma Meißner

geb. Gemeiner folgen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Superintendent für die trostreichen Worte an lehrer Stätte, dem Schul- und Kirchenchor für den erhabenden Gelang, sowie den lieben Frauen von Ubersdorf für die reiche Blumenspende. Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Gabe Gott“ in die Ewigkeit nach für deine Liebe und dein treues Sorgen.

Ubersdorf, den 9. Dezember 1918.

Der tieftrauernde Gatte und Kinder nebst allen Hinterbliebenen.

Gruben-Arbeiter.

Stahlwerk Becker Aktiengesellschaft Abt. Grubenbetrieb Zinnwald i. S. Bahnstation Golsing

stellt sofort ein: 40 Häuer, Schichtlohn 12-15 M., 20 sonstige Grubenarbeiter, Schichtlohn 9-12 M. 8stündige Arbeitszeit. Unterkunft für Ledige vorhanden

Geschäfts-Anzeige.

Aus dem Felde zurückgekehrt, gebe ich der geehrten Einwohnerschaft von Schmiedeberg, Ripsdorf und Umgegend bekannt, daß ich meine

Klempnerei und Installationsgeschäft in vollem Umfang wieder betreibe. Gewissenhafte, solide Ausführung aller Arbeiten zusehrend und zum wohlwollenden Unterstützung bittend, zeichnet ergebenst

Richard Maacke

Klempner und Installateur, Schmiedeberg, jetzt Lutherplatz, (im Hause der Frau Wilmersdorf).

Bauerngut

bis 200 Morgen groß, guter Mittelboden, möglichst etwa Wald dabei, reichliches totes und lebendes Inventar, sofort zu kaufen gesucht. Off. mit Preis unter P. S. an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

Eine Großmagd, welche gut melken kann, wird zum Neujahr gesucht bei Emil Wunderwald, Ubersdorf.

Landgut m. schönen Gebäuden, ca. 30 b. 50 Schefel gr., sofort zu kaufen gesucht. Angeb. mit genauen Angaben. unt. S. 449 a. Haasen-stein u. Vogler Dresden.

Eine gut erhaltene Konzertzither zu verkaufen Wolframsdorfer St. 12f.

Frische Seefische, feinsten Speisefisch eingetroffen. Nissen, Altenberger Straße.

Heute Montag 6 Uhr Schmer 101-200. Roßschlächtere Paul Pieber

Christbaumlichte, wunderbare Neuheit, absolut ungefährlich. Tropst nicht. Christbaum-Schmuck empfiehlt Carl Nitzsche.

Gesellschaft Harmonie.

Die Herren Mitglieder werden hierdurch zu einer Versammlung am Mittwoch den 11. Dezember 1918 abends 8 Uhr nach „Stadt Dresden“ eingeladen. Der Vorstand. J. A. Thorning.

Gewerbeverein.

Nächsten Donnerstag abends 8 Uhr spricht in einer Mitgliederversammlung in „Stadt Dresden“ Herr Stadtrat Herr Schubert über:

Der Warenumsatztempel und das Umsatzsteuergesetz.

Der Vortrag bietet Interesse für selbständige Geschäftleute aller Art, für Landwirte usw., weshalb dem Erscheinen aller Mitglieder entgegengekommen wird. Gäste durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Der Gesamtvorstand Hugo Jädel, Vorsitzend ergangen

Stiegn ohne Ballade

Nr. 28

Nachsch. Dresden Betan

Auf Gr. 3. April 1917 15. November § 1. In nur gegen § (in Preußen) jetzt werbef. über die Boy § 2. § werden gege beim Verlau für Sa

für Stee 1. läm Gr Gr Gr 2. pla Gr Gr Gr § 3. D Berlin

zur Au für Ge und St

Saal-

Erzeu drücklicher Sachen der auf Erteilung des Erzeug. Landeskultur viel Saat-Verfügung in der erfor und der Beauftragte insgesamt worden ist. Die Landeskultur unterliegen.

Die M larte erfolg Die S nach Prüfür den Be Saatkarten 677 (ig) für verband des lich mitgule solche ausge Der E ferung des so hat sich abshnitte d beschleunigen nicht mit d abshnitte d Der W Erwerber g Abshnit C

Die g vergliche 28. Novem und bewill erfolgt.

Die I Zusam Recht tr nährungszuf ernährungsan Friedensberch G witz

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nachstehende Bekanntmachung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, am 2. Dezember 1918. **Arbeits- und Wirtschaftsministerium.**
Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise.

Auf Grund der §§ 4, 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (RGBl. S. 307) wird unter Aufhebung der Bekanntmachung gleichen Inhalts vom 15. November 1917 (Reichsanzeiger 273) bestimmt:

§ 1. Im Gebiete des Deutschen Reiches dürfen Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken nur gegen Saattaxe und mit Genehmigung der zuständigen Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen und Elsaß-Lothringen der Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) abgesetzt werden. Die genannten Stellen erlassen die näheren Bestimmungen über die Saattaxe und über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

§ 2. Soweit inländische Saat- und Steckzwiebeln nach § 1 dieser Bekanntmachung zu Saatzwecken gegen Saattaxe und mit Genehmigung der zuständigen Stellen abgesetzt werden, dürfen beim Verkauf durch den Erzeuger die nachstehenden Sätze je Zentner nicht überschritten werden:

Für Saatzweiben bis 31. Dezember 1918 21 M.
vom 1. Januar 1919 ab
je Monat und Zentner
1.— M. mehr

Für Steckzwiebeln

1. längliche und ovale:
Größe I unter 1 1/2 cm Durchmesser 100 M.
Größe II 1 1/2 bis 2 cm . . . 80 .
Größe III 2 bis 2 1/2 cm . . . 60 .
2. plattrunde:
Größe I unter 2 cm . . . 120 .
Größe II 2 bis 2 1/2 cm . . . 100 .
Größe III 2 1/2 bis 3 cm . . . 80 .

§ 3. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Berlin, den 28. November 1918.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende: von Lilly.

Verordnung zur Ausführung der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst über den Verkehr mit Saat- und Steckzwiebeln zu Saatzwecken und deren Höchstpreise vom 28. November 1918.

I.
Saat- und Steckzwiebeln dürfen nicht zu Speisewecken verwendet werden.

II.
Erzeuger von Saat- und Steckzwiebeln dürfen diese nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung abgeben. Die Erteilung dieser Genehmigung wird für Sachen dem Landeskulturrat in Dresden-A., Sidonienstraße 14, übertragen. Anträge auf Erteilung der Genehmigung sind von den Erzeugern an den Kommunalverband des Erzeugungsortes zu richten, der sie unter Begutachtung unverzüglich an den Landeskulturrat weiterzureichen hat. Die Anträge müssen die Angabe enthalten, wieviel Saat- und Steckzwiebeln dem Gewicht nach dem Antragsteller insgesamt zur Verfügung stehen und wieviel er davon abzugeben wünscht. Dem Antrag sind Muster in der erforderlichen Anzahl beizufügen. Der Kommunalverband des Erzeugungsortes und der Landeskulturrat sind befugt, die Vorräte des Antragstellers durch einen Beauftragten, der sich als solcher ausweist, besichtigen zu lassen. Der Erzeuger darf insgesamt nur diejenigen Mengen abgeben, für die ihm die Genehmigung erteilt worden ist.

Die Landesstelle für Gemüse und Obst bleibt befugt, nach Anhörung des Landeskulturrats den Absatz von Saat- und Steckzwiebeln zu beschränken oder zu untersagen.

III.
Die Abgabe und der Erwerb von Saat- und Steckzwiebeln darf nur gegen Saattaxe erfolgen.

Die Saattaxen für Saat- und Steckzwiebeln werden auf Antrag des Erwerbers nach Prüfung des Bedürfnisses erteilt. Die Ausstellung erfolgt unter Verwendung der für den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse vorgeschriebenen Saattaxen und unter Beachtung der für diese erlassenen Bestimmungen (RGBl. S. 677 fig) für Händler durch den Landeskulturrat, für Verbraucher durch den Kommunalverband des Verbrauchsortes. Der Kommunalverband hat dem Landeskulturrat monatlich mitzuteilen, wieviel Saattaxen und über welche Mengen Saat- und Steckzwiebeln solche ausgestellt worden sind.

Der Erwerb von Saatgut hat die Saattaxe dem Veräußerer spätestens bei Lieferung des Saatgutes auszuhändigen. Wird das Saatgut mit der Eisenbahn versandt, so hat sich der Veräußerer von der Versandstation auf der Rückseite der Saattaxenabchnitte die erfolgte Abfindung unter Angabe der versandten Mengen und des Ortes bescheinigen zu lassen, nach dem das Saatgut versandt ist. Erfolgt die Beförderung nicht mit der Eisenbahn, so hat sich der Veräußerer auf der Rückseite der Saattaxenabchnitte den Empfang bestätigen zu lassen.

Der Veräußerer hat den Abschnitt A der Saattaxe abzutrennen und ihn an den Erwerber zurückzugeben, Abschnitt B für sich zurückzubehalten und aufzubewahren und Abschnitt C unverzüglich dem Landeskulturrat einzufenden.

IV.
Die gegenüber Speiseweiben erhöhten Preise für Saat- und Steckzwiebeln vergleiche § 2 der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 28. November 1918) dürfen auch für Saat- und Steckzwiebeln nur dann gefordert und bewilligt werden, wenn die Abgabe gemäß der vorstehenden Bestimmungen erfolgt.

Die kommende Hungersnot.

Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft.
Nicht trübe Aussichten auf die kommenden Ernährungszustände enthält eine Zuschrift des Reichs-ernährungsamts an das auswärtige Amt, die anscheinend ergangen ist, um die Notwendigkeit beschleunigter Friedensverhandlungen zu betonen.
Es wird darin aufgeführt:

„Das Hungerat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzu kommt die ungeheure Transportkrise. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können.“
Die Getreideversorgung war nach der verfrachteten Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestellt. Infolge des Fortfalls dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidestelle derart ungünstig

V.
Die Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 10. November 1917 — 2095 II B VIII, Sächsische Staatszeitung Nr. 272 — und vom 20. November 1917 — 2095 b II B VIII, Sächsische Staatszeitung Nr. 279 — werden aufgehoben.

VI.
Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Dresden, am 4. Dezember 1918.
Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

Ausführungsverordnung zum Reichswahlgesetz.

Auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (RGBl. S. 1345 fig) und der Wahlordnung vom gleichen Tage (RGBl. S. 1353 fig) sowie zu deren weiterer Ausführung wird folgendes bestimmt:

I.
Zu Wahlkommissaren werden gemäß § 8 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes und § 11 der Wahlordnung ernannt:

- für den 28. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 1—9) der Oberregierungsrat Dr. Jockisch bei der Kreishauptmannschaft Dresden,
- für den 29. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 10—14) der Geh. Regierungsrat Freiherr v. Der bei der Kreishauptmannschaft Leipzig,
- für den 30. Wahlkreis (bisherige sächsische Reichstagswahlkreise 15—28) der Stadtrat Dr. Görtzig in Chemnitz.

II.
Als Gemeindeoberleitenden im Sinne von Ziffer III der Anlage B zur Wahlordnung in Verbindung mit § 10 der Wahlordnung sind zuständig:

- 1. für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraumes:
 - a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
 - b) in den übrigen Städten: der Bürgermeister,
 - c) in den Landgemeinden: die Amtshauptmannschaft.
- 2. für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten:
 - a) in den Städten mit rev. Städteordnung: der Stadtrat,
 - b) im übrigen: die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß.

III.
1. Die Abgrenzung der Stimmbezirke (§ 7 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit § 9 der Wahlordnung) hat durch die nach Ziffer II, 1 dieser Verordnung zuständigen Behörden unverzüglich zu geschehen; die Amtshauptmannschaften haben den Gemeindevorständen sofort zu eröffnen, in welcher Weise die Stimmbezirke auf dem platten Lande abgegrenzt sind.
2. Eine Abschrift der nach § 9 Absatz 2 der Wahlordnung erforderlichen Anzeige an den Wahlkommissar ist dem Ministerium des Innern einzureichen.

IV.
1. Die Aufstellung der Wählerlisten durch die Gemeindebehörden (§ 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes in Verbindung mit §§ 1 und 2 der Wahlordnung) ist unverzüglich nach der Abgrenzung der Stimmbezirke in Angriff zu nehmen und dergestalt zu beschleunigen, daß die Listen spätestens bis Ende dieses Jahres fertig gestellt sind.
2. Die Aufstellung der Wählerlisten in solchen Gemeinden, zu deren Steuerliste ein selbständiger Gutsbezirk gehört, erfolgt auch für die Bewohner des Gutsbezirks mit durch die Gemeindebehörde (vgl. § 84 der Landgemeindeordnung, § 8 der revidierten Städteordnung).

Dippoldiswalde, am 7. Dezember 1918.
Ministerium des Innern.

Donnerstag den 12. Dezember 1918 vormittags 11 Uhr öffentliche Bezirksausschußsitzung im amts-hauptmannschaftlichen Sitzungssaal.

Zu dem Kontursverfahren über das Vermögen des Schneidermeisters Max Adler in Dippoldiswalde ist in Folge eines von dem Gemeindefiskus gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleichs Vergleichstermin auf **Sonntag den 28. Dezember 1918 vormittags 1/12 Uhr** vor dem Amtsgerichte Dippoldiswalde anberaumt worden.
Der Gemeindefiskus hat allen nichtbevorrechtigten Gläubigern 25% ihrer Forderungen geboten.
Der Vergleichsvorschlag liegt den Beteiligten zur Einsicht auf der Gerichtsschreiberlei aus K 5/14.
Amtsgericht Dippoldiswalde, den 7. Dezember 1918.

Stadtverordneten-Wahlliste.

Um die aufzustellende Wählerliste für die bevorstehende Stadtverordnetenwahl möglichst übersichtlich zu gestalten und umfangreiche Berichtigungen zu vermeiden, werden die Wahlberechtigten, die in die vor kurzem ausgegebenen Hauslisten noch nicht aufgenommen worden sind, insbesondere die aus dem Heeresdienste Entlassenen, hiermit aufgefordert, sich umgehend und spätestens bis zum 12. d. M. im Rathaus, Zimmer Nr. 9, zu melden.
Stadtrat Dippoldiswalde.

gestaltet, daß Ihre Vorgesetzten nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also gänzlich nur eine Tagesration von 80 Gramm Wehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration verteilen lassen.

Sehr trübe steht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Leinöle eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb noch dem

Völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft
nur noch einen Wirtschaftspan bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarineherzeugung nur noch ein Tageskopfsatz von 3,3 Gramm zur Verfügung.

Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 Gramm vorsteht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen spätestens Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten würde, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert, der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittswertes darstellt, auf etwa

die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabsinken würde. Diese Tatsache würde ein langwieriges aber sicheres Verhungern bedeuten.

Die Rote schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfange zugenommen hat.

Die Bolschewisten vogelfrei.

Manifest der Entente.

Eine deutsche Soldatenseitung, die am 15. März im Meer erscheint, ist in der Lage, folgenden Ausruf der Alliierten zu veröffentlichen:

„Hiermit bringen wir zur Kenntnis der Bewohner Oßsas und seiner Umgegend, daß wir auf dem Territorium Rußlands eingetroffen sind, um die Ordnung herzustellen sowie zur Befreiung von den bolschewistischen Usurpatoren, weshalb auch die Nachrichten der provokatörisechen Bolschewiki, die verbündeten Heere seien nach Sibirien gelangt, um die Deutschen hinauszuschlagen, durchaus unwahr sind.

Die Deutschen sowohl wie auch wir sind nicht als Eroberer hierhergekommen, sondern als Verteidiger des Rechts, deshalb laufen ihre und unsere Ziele hier selbst zusammen.

Die Nachrichten von bevorstehenden Kämpfen sind unwahr und werden zu dem Zwecke verbreitet, um eine Panik hervorzurufen.

Alle ungesunden Elemente Rußlands — die Bolschewiki und ihre Anhänger — werden als außer dem Gesetze stehend erklärt. Personen, welche Bolschewiki verbergen, sollen dem Feldgericht übergeben werden.

Wir erkennen keinerlei Organisationen an, außer den Organisationen, welche gegen die Bolschewiki kämpfen: die Freiwilligen- und die Kosakenarmee, sowie die Armee der konstituierenden Versammlung, in Anbetracht dessen allen Organisationen, welche im Besitze von Waffen sind, vorgeschrieben wird, die Waffen dem Spezial dazu bestimmten Vertretern der internationalen Heeresabteilung abzuliefern.“

Der Ausruf trägt die Unterschriften der Vertreter von England, Frankreich, Japan, Rußland, Italien, Belgien, Serbien, Griechenland, Rumänien.

Aus aller Welt.

„Som Tage tot gefahren. Auf der Kalksteine Stranzenkamp bei Badhorn wurde der Herr Anton aus Odenburg, von Babel kommend, den Zug verlassen, geriet aber beim Aussteigen zwischen Trittbrett und Bordstein. Der Zug fuhr ab und Anton wurde von den nachfolgenden Wagen vollständig zertrümmert und in Stücke geschnitten.“

„Wie man Generale bejagt. Am 27. November erhielt der kommandierende General des 4. Armeekorps v. Graedel in Magdeburg folgendes Schreiben:

Auf Grund des Beschlusses der Vertreterversammlung der Soldatenräte im Bereich des 4. A.-K. vom 27. 11. 18 erklärt der Exekutiv-Ausschuß, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem jetzigen kommandierenden General, Generalleutnant v. Graedel, unmöglich ist, und fordert Se. Excellenz auf, sich unverzüglich dem Kriegsminister zwecks Entlassung zur Verfügung zu stellen.

Die Führung der Geschäfte ist sofort dem Generalleutnant von Werder zu übergeben.

Die Unterzeichneter ersuchen Se. Excellenz durch Unterschrift beizustimmen zu wollen, daß Sie von Vorstehendem Kenntnis genommen haben.

Der Exekutiv-Ausschuß des 4. A.-K. Lübeck-Altengravow. Adamski-Halle. Anders-Magdeburg. Balde-Stendal. Brod-Torgau. Herrnhut-Verderbi. Neumann-Weiskensels. Generalleutnant entsprochen durch Namensunterschrift diesem Verlangen und an seiner Stelle hat Generalleutnant v. Werder die Führung der Geschäfte des 4. A.-K. übernommen.“

„Der älteste Freiwillige. Als der älteste Freiwillige, der sich bei Ausbruch des Krieges dem Vaterlande zur Verfügung stellte, wurde der Rechnungsrat F. Schönbach in Münster bekannt. Und wer sein Bild in den illustrierten Zeitungen sah, dem mochte es ungläublich erscheinen, daß dieser rüstige Herr ein Freiwilliger sei. Und doch war es so. Daß unter diesen Umständen das Vaterland auf seine angebotene Unterstützung verzichtete, bedarf wohl keiner Erwähnung, zumal er ihm die größte Zeit eines Lebens bereits in treuer Arbeit gewidmet hatte. Im Kriege hat der alte Herr den Sohn und den Schwiegervater verloren. Mit tiefer Erschütterung hat er den Nieder-

gang seines von ihm heilig gehaltenen Vaterlandes in den letzten Tagen verfolgt.“

Kleine Neuigkeiten.

• Der Tischlerlehrling August Doraus Königszell sprang aus einem Fenster der elterlichen Wohnung vom 3. Stockwerk aus auf die Straße hinab und blieb mit geschmetterten Gliedern liegen.

• Infolge Fahrlässigkeit ist in Gabelns das Familienhaus des Dominikus niedergebrannt.

• In München sind abends, von einem einzigen Weibe geführt, 80 Soldaten in die Militärstrafanstalt eingebracht und bestrafen 14 Bländerer.

Scherz und Ernst.

H. Heber Krieg und Irzinn hat ein berufener Wiener Fachmann, Prof. v. Wagner-Gauregg, einen Vortrag gehalten, der erkennen läßt, daß das gewaltige Anstrecken der Zahl der Irzfinnigen während des Krieges nur vorübergehend ist. In den österreichischen Militärirrenanstalten sind etwa 5500 vom Irzfinn besessene Soldaten. Das ist eine gewaltige Zahl, deren Verbleiben in der Irrenpflege den Staat ungeheuer belasten würde. Prof. v. Wagner stellt nun auf Grund der Beobachtung bei den Geisteskranken überhaupt fest, daß etwa die Hälfte aller Geisteskranken, auch der Privatgeisteskranken, in den ersten zwei Jahren als geheilt entlassen wird; daß ferner von den sämtlichen Irrenanstalten verstorbenen Personen zwei Drittel innerhalb der ersten zwei Jahre des Aufenthaltes in der Irrenanstalt stirbt. Daraus wird gefolgert, daß nach 5 Jahren nur noch ein ganz kleiner Bruchteil, vielleicht 2-5 % noch in der Anstalt sein werden. — In diesem Sinn spricht zweifellos auch, daß angesichts der Gefahren des Krieges viel Irzfinn geheilt werden wird. — In der österreichischen Zivilbevölkerung hat der Irzfinn trotz Hunger und Teuerung und Krieg nicht zu, sondern abgenommen.

Lotales.

• Die Zentralfaktion der Fischeinfuhr bleibt. Das Reichsernährungsamt teilt mit: Entgegen den umlaufenden Gerüchten muß auch die Zentralfaktion der Fischeinfuhr zunächst unbedingt beibehalten werden, um eine unerträgliche Preissteigerung zu vermeiden. Fische waren aller Art, die von anderen als den zuständigen Einfuhrstellen zur Einfuhr gelangen, werden daher vor wie nach an der Grenze beschlagnahmt.

Nur sollte unseres Erachtens dafür gesorgt werden, daß nicht nur „beschlagnahmt“ wird, sondern daß greifbare Waren, wie z. B. Heringe aus Norwegen, in irgend einer Weise ins Land hinein befördert werden.

• Neue Reichsbanknoten. Es werden demnächst Reichsbanknoten zu 1000 Mark und zu 100 Mark ausgegeben werden, welche sich von den Notizen zu 1000 Mark mit dem Datum des 21. April 1910 und von den Notizen zu 100 Mark mit dem Datum des 7. Februar 1908 nur dadurch unterscheiden, daß die beiden Stempel und die Nummern nebst Hierat anstatt in roter Farbe in grüner Farbe gedruckt sind.

Note Rosen.

(29. April 1919.)

„Und er kam sich in diesem Moment so vor im Vergleich zu seinem Bruder, daß ihm ein tiefer Schmerz durchzuckte.“

„Werde ich imstande sein, Josta glücklich zu machen? Das ist mir wichtiger, als mein eigenes Glück, denn ich liebe sie.“ Nicht mit der egoistischen, um jeden Preis beghehenden Liebe der Jugend, sondern mit der tiefen, aufopferungsfähigen Innigkeit des gereiften Mannes. „Erst will ich an ihr Glück denken, dann an das meine.“ dachte er.

„Biel hätte er darum gegeben, wenn Josta jetzt in diesem Moment an seine Seite getreten wäre, als wenn sie sich ihm zugehörig erklärte. Das sollte ihm eine Antwort sein auf seine heimliche Frage, ob sie an seiner Seite das Glück finden würde. Er sah sie an mit einem Blick, in dem sich all sein Hoffen und Wünschen konzentrierte. Er zog sie sozusagen mit seinem Blick zu sich heran.“

„Und da wußte sie wirklich ihre Hand aus Hennings Arm und schritt schnell auf ihn zu, als könnte sie nicht anders. Er atmete tief auf, wie nach einer schweren Anstrengung.“

„Wir haben uns drüben lange verplaudert, Henning und ich.“ erzählte Josta. „Alle Bilder hat er sich von mir angesehen. Und dabei fanden wir auch eine Amateuraufnahme von dir, weißt du, das Bildchen, das Mama von uns aufnahm, als wir von meinem ersten Ritt heimkamen. Du bist vorzüglich getroffen auf diesem Bildchen — aber doch so winzig klein. Weißt du, daß ich noch gar kein richtiges Bild von dir besitzt? Du mußt mir eines schenken, das nicht so klein ist.“

Diese Worte beglückten Graf Rainer sehr. Vorüber war alles Gagen. Es erschien ihm wie ein Zeichen des Himmels, daß sie gerade jetzt zu ihm gekommen war und um sein Bild bat. Er nahm ihre Hand und sah sie lächelnd an mit seinen warmen, gütigen Augen.

„Ich will gleich heute abend oder morgen früh nachsehen, ob ich noch irgendein wohlgetroffenes Konterfei von mir besitzt. Das sollst du sofort erhalten, meine liebe kleine Josta.“

Seine Stimme klang sehr zärtlich, aber er hielt sich doch in der Gewalt. Und Josta fand seine Härlichkeit durchaus unelbsthaft. Aber sie war froh, daß sie ihm nun in unerlässlicher Art die Bitte um das Bild ausgesprochen hatte, die ihr schon lange auf dem Herzen brannte.

Gräfin Gerlindes Augen hatten gesunken, als Josta mit Henning in so vertraulicher Haltung eintrat. Auch sie hatte gesehen, daß in den beiden jungen Gelehrten noch die Rote der Erregung stand. Aber als nun Josta neben Rainer stand und dieser so zärtlich zu ihr war, schloß sie einen Moment lang die Augen, als wollte sie das nicht sehen.

„Aber auch Graf Henning sah mit einem leid-

jamen Gesicht auf das Brautpaar, und in seinem Herzen klang es laut und deutlich, was Josta ihm vorhin gesagt hatte: „Rein — ich liebe ihn nicht“, und: „Wir bringen einander unbegrenzte Hochachtung und herzliche Sympathie entgegen — sonst nichts.“

Diese Worte wollten ihm nicht mehr loslassen. Sie verfolgten ihn mit einer quälenden Hartnäckigkeit.

Bald darauf brachen die beiden Brüder mit Gräfin Gerlinda auf.

„Gute nacht, meine herzliche Josta,“ sagte Graf Rainer zum Abschied zu seiner Braut und küßte ihr die Hand.

Josta lauschte auf dieses „herzliche Josta“ mit klopfendem Herzen.

„Ach, daß ich wirklich seine „herzliche“ Josta sein könnte, daß ich die andere Frau, die er im Herzen trägt, verdrängen könnte! Wenn ich nur wüßte, wer sie ist! Ob Henning etwas von ihr weiß? Und ob er es

mir sagen würde, wenn ich ihn danach fragen würde? Henning ist mir wie ein lieber Bruder, ich habe so gar keine Scheu vor ihm und er ist so offen. Vielleicht wage ich es später doch einmal, ihn zu fragen nach der Frau, der seines Bruders Liebe gehört,“ so dachte sie.

Graf Henning wußte jedoch so wenig, wie andere Menschen von seines Bruders Herzensroman mit der ehemaligen Prinzessin Helene. Er wußte nur, daß Rainer lange Jahre eine unglückliche Neigung mit sich herumgetragen hatte. Der Name der betreffenden Dame war ihm fremd geblieben.

Die beiden Brüder sahen, nachdem sie mit der Gräfin Gerlinda ins Palais zurückgekehrt waren, noch ein Stündchen plaudernd zusammen.

Wem hätte Henning seinen Bruder gefragt, ob jene Neigung in ihm erloschen sei, oder ob sie noch immer in seinem Herzen lebte und schuld daran sei, daß er Josta nur „unbegrenzte Sympathie und herzliche Hochachtung“ entgegenbrachte. Er hätte ihm gern gesagt, daß Josta doch geschaffen sei, Liebe zu geben und zu empfangen. Aber er wagte es nicht, dies Thema zu berühren. Erstens wußte er, daß Rainer noch stets sofort das Gespräch abgebrochen hatte, und zweitens traute er sich nicht die nötige Ruhe zu, darüber zu sprechen. Er hätte dann vielleicht sagen müssen, daß Josta ihm Einblick gewährt hatte in ihr Verhältnis zu Rainer, und das wollte er doch nicht tun.

„Wie kann man einer Josta nur mit solch lauen Gefühlen wie Hochachtung und Sympathie gegenübersehen? Wenn sie mir gehörte, ich —“

Henning dachte nicht zu Ende, was er begonnen hatte. Er erschrak vor seinen eigenen Gedanken und zwang sie gewaltsam in andere Bahnen. Es wurde ihm zur Bewußtheit, daß es ein Unrecht an dem Bruder sein würde, wenn er noch weiter daran dachte, was ihn nicht loslassen wollte.

Und zum ersten Male stand etwas Fremdes, Unausgesprochenes zwischen ihm und Rainer. Es tat ihm weh, und doch konnte er es nicht beiseite schieben. In der Nacht, die diesem Tage folgte, fand er erst lange keinen Schlaf. Er mußte wieder an allerlei denken, was er, doch nicht denken wollte. Und plötzlich trieb ihn dann ein Gedanke empor. Es durchfuhr ihn wie ein elektrischer Schlag.

„Was würde Rainer wohl tun und sagen, wenn ich zu ihm käme und sagte: Es ist ein Unrecht, daß du Josta ohne Liebe zu deiner Frau machst willst. Sie ist noch jung und unerfahren und kennt die Liebe nicht. Sie weiß nicht, was sie tut, wenn sie sich dir ohne Liebe zu eigen gibt. Aber du kennst die Liebe, und es wäre deine Pflicht, sie vor solch einem Schritt zu bewahren. Wenn du Josta nicht liebst, so gib sie frei!“

Er starrte lange vor sich hin ins Dunkel der Nacht.

Bisher war er immer derselbe gewesen, der von Rainer geführt und geleitet wurde, und immer zu seinem Besten. Rainer würde sicher im umgekehrten Falle so zu ihm sprechen. Warum sollte nun nicht einmal der Jüngere den Älteren auf einen Fehler aufmerksam machen? Es geschah doch aus einem ehrlichen Herzen heraus und in fester Ueberzeugung.

Oder doch nicht? Schlummerte nicht im Hintergrund seiner Seele ein egoistischer Gedanke, der sich um Jostas Person drehte? Er warf sich aufatmend in seine Kissen zurück und dachte zerknirsch:

„Das Beste ist, ich beichte meinem Rainer alles, was mich nicht zur Ruhe kommen läßt. Dann wird sich alles klären.“

Und endlich schlief er ein. Rainer hatte ihm bisher in allen Räten treulich geholfen, er würde es auch diesmal tun.

Aber als er am nächsten Morgen in Rainers Zimmer trat, da sah er, daß dieser einige seiner Photographien vor sich liegen hatte und sie aufmerksam betrachtete.

„Sich mir einmal die beste anschauen, Henning. Du hörtest ja gestern abend, Josta wünscht ein Bild von mir zu besitzen. Ich will es ihr mit den Rosen dort schicken,“ sagte er.

Da erst erblickte Henning einen Korb voll der herrlichsten dunkelroten Rosen. Sie standen auf dem Tische. Und da erinnerte sich Henning an eine kleine Szene.

Rainer war im vorigen Jahre in Berlin gewesen, um ihn zu besuchen. Und da hatte Henning, als er mit dem Bruder die Linden entlang ging, in einem der dort befindlichen Blumengeschäfte ein Arrangement für die Gattin eines Kameraden als Geburtstagspräsident gekauft. Gleichgültig hatte Henning das erste Beste gewählt, einen Korb mit roten Rosen. Rainer hatte jedoch die Hand auf seinen Arm gelegt und gesagt:

„Henning, rote Rosen schenkt man nur einer Frau, die man liebt.“

Da hatte Henning lachend etwas anderes gewählt. Daran mußte er jetzt denken.

„Rote Rosen schenkt man einer Frau, die man liebt.“

Fortsetzung folgt.